bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 02 | 21. Januar 2005

Rechte Szene 2

Braune Spitzentruppe
Mehrere Landtags-Kandidaten der NPD in NRW sind vorbestraft oder gehörten verbotenen Neonazi-Organisationen an.

"Abwehrmaßnahmen"
Gewalttätigkeiten prägen den Wahlkampf der NPD in Schleswig-Holstein – politische Konzepte werden nicht angeboten.

Aufbruchstimmung
NPD nutzt sächsischen Landtag als Forum.

Versuchte Nötigung
Der Berliner Marathon-Prozess ist mit einer Verurteilung Mahlers zu einer Haftstrafe zu Ende gegangen.

Wackelige Allianzen
DVU- und NPD-Führung standen sich viele Jahre lang feindselig gegenüber.

Kräftebündelung
Nationales Bündnis Heilbronn will auf kommunaler Ebene aktiv werden und die NPD bei Wahlen unterstützen.

NPD-Sympathisanten
Berliner Kameradschaft agiert bundesweit.

Ausland 7

Verbrechen geleugnet
Jean Marie Le Pen droht weiteres Strafverfahren.

Ein Sicherheitsrisiko
Holocaust-Leugner Ernst Zündel droht die Auslieferung nach Deutschland.

Ungeklärtes Schicksal
Raoul Wallenberg seit 60 Jahren verschollen.

Demokratische Initiativen 9

Keine Protestwähler
Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering plädiert für ein entschiedenes und gemeinsames Auftreten der Demokraten gegen Rechts.

Beunruhigende Tendenz
Fremdenfeindlichkeit steigt weiter an. Das zeigt die dritte Folge der "Deutschen Zustände".

Antisemitismus 11

Unausrottbarer Hass
Die Judenfeindschaft in Europa nimmt zu.

Meldungen 12

Rechte Szene

Braune Spitzentruppe

Mehrere Landtags-Kandidaten der NPD in NRW sind vorbestraft oder gehörten verbotenen Neonazi-Organisationen an.

Im engen Schulterschluss mit den offen neonazistischen „Freien Nationalisten“ bereitet die NPD in Nordrhein-Westfalen den Landtagswahlkampf vor. „Als weitere Stärkung der nationalen Volksfront“, so die NRW-NPD, dürfen zwei der „Freien“ auch auf vorderen Plätzen der Landesliste antreten: Christian Malcoci auf Platz acht und Daniela Wegener auf Platz zehn.

Malcoci ist derzeit in Holland Parteisekretär der neonazistischen Nederlandse Volks-Unie (NVU). Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat er sich in der Szene einen Namen gemacht, ob als Funktionär der später verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) oder des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“. Sein Faible für den „Führer“ brachte er auch zum Ausdruck, als er am 20. April 1989 zu einer Gruppe gehörte, die das Essener dpa-Büro besetzte und dort ein Transparent mit der Aufschrift „Adolf Hitler – 100 Jahre; sein Kampf – unser Auftrag“ hisste. Auch der – ebenfalls verbotenen – FAP und der NSDAP/AO mit Sitz in den USA gehörte er an. Vorbestraft ist Malcoci wegen der Fortführung der verbotenen ANS/NA.

Über die Listen-Zehnte Daniela Wegener (30) spottete der Hamburger Neonazianführer Christian Worch einst: „Sie gehört zu genau den Kreisen, die aus angeblich schützenswerter Anonymität ein quasi-religiöses Dogma machen und ... am liebsten in weißen Kapuzen herumlaufen würden wie jenseits des großen Teiches die Jungs vom KKK.“ Inzwischen hat sie ihr Outing hinter sich. Seit Ende 1997/Anfang 1998 führte sie die Neonaziszene im Sauerland. Mit Gewalttätern oder Kameraden, die Gewalt zumindest propagierten, hatte sie offenbar keine Schwierigkeiten. Sie stand hinter einer „Nationalen Initiative ‘Kein Exempel an Christoph Schulte’“, der zu diesem Zeitpunkt unter dem Verdacht des Mordversuchs in U-Haft saß, und machte sich für ihren „Kameraden“ Michael Krick stark, der den deutschen Neonazis die ETA als Vorbild empfohlen hatte. Im Zusammenhang mit der Herausgabe eines „Sauerländer Stürmers“ entging sie einer möglichen Verurteilung wegen Verunglimpfung des Staates, weil die Taten verjährt waren. Inzwischen lebt Wegener in Bochum und tritt landauf, landab als Rednerin bei Demonstrationen auf.

Ein Bindeglied zwischen „Freien“ und NPDlern ist Ralph Tegethoff (42) aus Bad Honnef, der gemeinsam mit Thomas Wulff und Thorsten Heise öffentlichkeitswirksam der NPD beitrat. Auch er, der auf Platz 13 der Liste steht, hat einen eindeutig neonazistischen Vorlauf. Bei der Wiking-Jugend schaffte er es bis zum Gauführer. 1993 ließ er sich zum Landesvize der FAP wählen. Dass solche Neonazi-Biographien kein Hinderungsgrund für Karrieren in der NRW-NPD sind, wird am Beispiel des Landesvorsitzenden Stephan Haase deutlich, der hinter Parteichef Udo Voigt auf dem zweiten Platz der Liste kandidiert. Er gehörte einst der später verbotenen Nationalistischen Front (NF) an. In den 90er Jahren war er (Mit-)Betreiber des neonazistischen „Donner Versand“. Vorbestraft ist er wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation. Wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilte das Amtsgericht Eschweiler im November den Listen-Sechsten Willibert Kunkel (53) aus Stolberg in erster Instanz – die Berufungsverhandlung steht noch aus – zu einer Geldstrafe von 2100 Euro. Landesvorstandsmitglied Kunkel soll im September 2003, nach einer Veranstaltung gegen die Wehrmachtsausstellung und nach einem Kneipenbesuch, einen damals 13-Jährigen, von dem er sich belästigt fühlte, massiv an Hals und Nacken gepackt haben. Ein Prozessbeobachter titelte: „Kind gewürgt: NPD-Chef verurteilt“.

Vor Gericht verantworten soll sich noch vor der Landtagswahl auch der Listen-Dritte und stellvertretende NPD-Landeschef Claus Cremer aus Wattenscheid. Er hatte im vorigen Juni bei einer Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum Juden in Zusammenhang mit Kindesmissbrauch gebracht. Volksverhetzung wirft ihm die Staatsanwaltschaft vor. Angesichts des Umfeldes auf der Landesliste dürfte ihn aber auch eine eventuelle Verurteilung nicht zum Außenseiter im Kreis der NPD-Kandidaten machen.

Tomas Sager

"Abwehrmaßnahmen"

Gewalttätigkeiten prägen den Wahlkampf der NPD in Schleswig-Holstein – politische Konzepte werden nicht angeboten.

Der Drohung folgen immer wieder Taten. „Wer uns angreift, muss damit rechnen, verletzt zu werden“, verkündet Udo Voigt ständig. Erneut wiederholt der Bundesvorsitzende der NPD auf dem Parteitag der Deutschen Volksunion (DVU) am 15./16. Januar in München die Warnung. Den Worten des Vorsitzenden sind indes längst wieder Gewalttaten im schleswig-holsteinischen NPD-Wahlkampf vorausgegangen. Schon bei der Auftaktveranstaltung in Steinburg für die Landtagswahl am 20. Februar schlugen Parteifunktionäre auf Protestierende ein. Nun griff ein NPDler bei der Wahlkampftournee des neonazistischen Liederbarden Frank Rennicke Gegendemonstranten an.

Am frühen Abend des 14. Januar blockieren etwa 100 NPD-Gegner am Bahnhof Bredstedt nahe Husum einen Kontrollpunkt, über den die NPD ihre Gäste zum geheim gehaltenen Konzertort nach Högel weiterleitet. Vor den Augen des Bundesgrenzschutzes fährt ein bekannter NPD-Verantwortlicher mit seinem Auto in die Menschenmenge. „Mehrere Personen riss er mit, zwei flogen über die Haube“, berichtet ein Augenzeuge. Ein Demonstrant wurde so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus behandelt werden musste. Strafanzeigen sollen folgen.

Der schleswig-holsteinische Landesvorstand um den Vorsitzenden Uwe Schäfer hat sich zu dem Vorfall bisher nicht verhalten. Aber diese Gewalttat dürften die sechs Spitzenkandidaten Ingo Stawitz, Jens Lütke, Wolfgang Schimmel, Ute Nehls, Peter von der Born und Schäfer erneut als „notwendige Abwehrmaßnahme“ rechtfertigen. So findet auch keine Wahlkampfaktion ohne Ordnertruppe statt. Ob NPDler Flugschriften gegen „Hartz IV“ in Flensburg, Neumünster und Eckerförde verteilen oder Plakate mit „Schnauze voll“ in Ratzeburg, Mölln und Bad Segeberg aufhängen, immer wieder berichten Augenzeugen, dass junge Neonazis, meist mit Baseballschlägern bewaffnet, bereitstehen. Auf der Wahlauftaktveranstaltung hatte ja schon Martin Engelbrecht für die „Freien Kameradschaften“ die praktische Zusammenarbeit versprochen.

Von dieser Wahlhilfe redet Stawitz nicht, der 1992 bereits für die DVU in den Kieler Landtag eingezogen und – vorübergehend – deren Fraktionschef war. Der 54-Jährige erklärt dafür, dass mindestens 250 000 Euro für Flugblätter und Hauswurfsendungen bereitlägen. In dem Wahlkampfflyer finden sich zwar landespolitische Probleme wie die Situation der mittelständischen Betriebe, die Landesverschuldung und die Abwanderung großer Unternehmen, doch realpolitische Konzepte tauchen nicht auf. Stattdessen folgen bei den Veranstaltungen markige Parolen wie „nationale Volkswirtschaft, die Spekulantentum und undeutsches Unternehmerverhalten abstraft“, und „Ausländerheimführung“. Dementsprechend wettert der 67-jährige Schäfer verstärkt gegen die „parasitären“ Schwulen und Lesben.

Bisher schlagen sich jedoch weder das gewalttätige Auftreten, noch die nicht vorhandenen landespolitischen Konzepte negativ bei den Wahlumfragen nieder. Nach einer von den „Lübecker Nachrichten“ in Auftrag gegebenen Umfrage könnten sich sieben Prozent der Wahlberechtigten vorstellen, die NPD zu wählen. Die Umfrage spiegelt eine vom NDR veröffentlichte Erhebung wider. Nach dieser wollen zwei Prozent sicher die NPD wählen und fünf Prozent „vielleicht“. Vor allem für die Jungwähler – elf Prozent – ist diese Wahloption vorstellbar.

Auch die Rennicke-Konzerte in Kiel, Heilshoop und Högel gefiel vielen jungen Rechten. Doch trotz des Angriffs auf den Demonstranten in Bredstedt, kam es bei dem Liederabend in dem Högeler Gasthof „Possens“ erneut zu Protesten. Vor dem Gasthof hielten Demonstranten Plakate mit „Keine Stimme den Nazis“. Statt Rennickes Liedgut zu lauschen, hörten die rund 30 NPD-Gäste, darunter Stawitz und Lütke, zusätzlich lautstarke Protestparolen wie „Keine Toleranz für Nazis“. Die örtliche Freiwillige Feuerwehr leuchtete zur Unterstützung noch den Veranstaltungsort aus und Anwohner reichten den Protestierenden heißen Tee. Am 29. Januar will die NPD dann mit den Kameradschaften in Kiel gegen „Multikulti und Hartz IV“ aufmarschieren.

Andreas Speit

Aufbruchstimmung

NPD nutzt sächsischen Landtag als Forum.

Am 7. Januar hielt die rechtsextreme Partei ihren Neujahrsempfang – mangels eigener Räumlichkeiten – im gut einsehbaren gläsernen Bürgerfoyer des sächsischen Landtags ab, direkt am Elbufer mit etwa 150 Gästen. Anwesend waren unter anderem Liane Hesselbarth (DVU Brandenburg), Roberto Rink (Bundesvorsitzender DSU), Thomas Jäckel (Stadtrat der Republikaner), der Liedermacher Frank Rennicke. Überhaupt nahmen nach Angaben des NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel „Vertreter aller patriotischen Kräfte in Sachsen“ daran teil. Es ging dabei auch, nach Apfels akustisch sehr aufgeladenen Rede, mit Sekt und Häppchen dreieinhalb Stunden recht ausgelassen zu.

Am nächsten Tag führte die NPD-Fraktion im Haus dann eine kurze Besprechung mit zwei neu gewonnenen europapolitischen Beratern: den ehemaligen Europaparlamentariern Harald Neubauer und Franz Schönhuber. Für die „Europawoche“ Anfang Mai werde die Fraktion ein Symposium veranstalten, an dem „fünf Franzosen, fünf Leute aus Sachsen und zehn Leute aus Deutschland“ teilnehmen sollen, hieß es. Neben den Beratungen werde es auch Ausflüge geben, etwa nach Breslau, gemeint ist: Wroclaw. Bezahlen wird dies alles das Land Sachsen.

Franz Schönhuber will für die weitere Zeit seine Kontakte nach Osteuropa nutzen. Da seien etwa die serbischen Radikalen oder die ungarischen Nationalen (so der Antisemit Istvan Czurka). Die Verbindung der sozialen mit nationalen Fragen, die Schönhuber in Osteuropa beobachtet haben will, wie auch der ökologischen Frage, sei in der NPD noch unzureichend, meinte Schönhuber. NPD-Chef Udo Voigt wies auf den „Deutschlandpakt“ von NPD und DVU hin und betonte, dass der Austausch zwischen brandenburgischer DVU- und sächsischer NPD-Fraktion recht gut liefe. Es müsse aber eine weitere Bündelung aller rechten Kräfte zu einer „Deutschen Volksfront“ geben. Und er könne sich „eine Eröffnung des Bundestages mit einem Alterspräsidenten Schönhuber vorstellen“, so Voigt weiter.

Lukas Kilian

Versuchte Nötigung

Der Berliner Marathon-Prozess ist mit einer Verurteilung Mahlers zu einer Haftstrafe zu Ende gegangen.

Das Landgericht Berlin hat Horst Mahler wegen Volksverhetzung zu neun Monaten Haft verurteilt. Der rechtsextreme Demagoge hatte im September 2002 vor Journalisten in der Berliner NPD-Zentrale einen Schriftsatz mit antijüdischen Hassparolen präsentiert. Die 22. Große Strafkammer setzte die Strafe nicht zur Bewährung aus. Es sei zu erwarten, dass Mahler weitere Taten begehe, sagte der Vorsitzende Richter Peter Faust in der Urteilsbegründung. Mahler aber blieb frei.

In dem elfmonatigen Prozess hatte der 68-jährige Rechtsanwalt das Gericht als Bühne für antijüdische Propaganda missbraucht. Zwei Tage vor Prozessende präsentierte Mahler wieder einen bizarren Mix judenfeindlicher Sprüche. Begriffe wie „spirituelle Zersetzung“, „satanisches Prinzip“ und „Furor teutonicus“ tönten durch den Saal. Mahler stellte noch einen Beweisantrag. Er forderte, zwei Wissenschaftler zu laden, die sich angeblich zur „Entgegensetzung des jüdischen und des deutschen Volksgeistes“ äußern können.

Auch am 12. Januar vor der Urteilsverkündung legte Mahler noch mal los – und handelte sich vermutlich ein weiteres Verfahren ein. Der inzwischen mit einem vorläufigen Berufsverbot belegte Rechtsextremist versuchte, die Kammer einzuschüchtern. Mahler behauptete in seinem Schlusswort, die Bundesrepublik sei am Ende. Er warnte die Richter, sie würden „einen fatalen Fehler machen, wenn sie darauf vertrauen, ihnen würde nichts geschehen“. Richter Faust kündigte an, er werde die Einleitung eines Verfahrens wegen versuchter Nötigung veranlassen. Faust bezeichnete außerdem Äußerungen Mahlers in dem Prozess als „bewusste Unterschreitung der intellektuellen Ekelschwelle“. Nach dem Urteil nannte ein Mann die Richter „widerliches Pack“. Gegen ihn wurde ein Verfahren wegen Beleidigung eingeleitet. Vor dem Gerichtsgebäude bedrohten Neonazis Oberstaatsanwalt Jürgen Heinke.

Frank Jansen

Wackelige Allianzen

DVU- und NPD-Führung standen sich viele Jahre lang feindselig gegenüber.

Mit einem „Deutschlandpakt“ haben der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt jetzt Mitte Januar vereinbart, die Kräfte zu bündeln und bei den kommenden Wahlen bis zum Jahr 2009 nicht mehr gegeneinander anzutreten. Das Verhältnis zwischen NPD- und DVU-Führung war in der Vergangenheit allerdings keineswegs immer so ungetrübt.

Im März 1987 gründete Gerhard Frey, früher selbst NPD-Mitglied, die Deutsche Volksunion – Liste D und ließ sich zu deren Bundesvorsitzenden wählen. Kurze Zeit vorher war es zu einem Annäherungsversuch zwischen Frey und der NPD unter ihrem damaligen Vorsitzenden Martin Mussgnug gekommen. Absprachen zwischen Frey und der NPD-Führung zufolge sollten die Parteien künftig bei Wahlen nicht miteinander konkurrieren, um der Zersplitterung des rechten Wählerpotenzials zu begegnen. Unter Einsatz erheblicher Werbemittel zog die Deutsche Volkunion – Liste D noch im gleichen Jahr in die Bremer Bürgerschaft ein.

In einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation Europa“ antwortete Frey damals auf die Frage „Wie stellen Sie sich den Einigungsprozess der deutschen Rechten in seinem weiteren Verlauf vor?“, mit den Worten: „Die wesentlichen Faktoren der deutschen Rechten stehen im harmonischen und funktionierendem Bündnis von DVU und NPD. Unsere Parteien stimmen sich ab, treten nicht gegeneinander an und unterstützen sich wechselseitig.“ 1991 setzte Frey der Zusammenarbeit mit der NPD auf einem Parteitag in Passau durch die Streichung des Zusatzes „Liste D“ aus dem Parteinamen ein Ende.

Mit Datum vom 11. Mai 1998 ließ der damalige NPD-Bundesorganisationsleiter Holger Apfel den Mitgliedern der NPD und den Abonnenten der „Deutschen Stimme“ eine Stellungnahme zur DVU zukommen. Der DVU warf er vor, „kurzfristig Millionen von Mark für eine wahre Materialschlacht zu investieren, um einen Wahlerfolg der eigentlichen nationalen Opposition zu verhindern und in den darauffolgenden vier Jahren die Erwartungen hunderttausender Wähler auf’s Neue zu enttäuschen ... Wir müssen doch einmal in aller Deutlichkeit feststellen, dass gerade die DVU nicht zuletzt nach den Erfahrungen Ende der 80er Jahre eben keine für Nationaldemokraten ernsthafte Kooperationskraft sein kann ... Im Gegensatz zur DVU sind wir Nationaldemokraten keine Briefkastenfirma, kein Wirtschaftsunternehmen zur Bereicherung einzelner.“

Der niedersächsische Verfassungsschutz beschrieb 1999 das Verhältnis zwischen DVU und NPD als „feindselig“. Als Grund für diese Einschätzung führte das Amt ein Schreiben Freys an die Mitglieder seiner Partei an: „Die NPD unter ihrer derzeitigen Führung steht uns in Todfeindschaft gegenüber.“

Im gleichen Jahr erschien im Deutsche Stimme Verlag die NPD-Festschrift „Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN“, herausgegeben von Holger Apfel. In einem Artikel mit der Überschrift „Die NPD und der Verleger Frey – Eine lange, aber nicht unendliche Geschichte“ wird konstatiert: „Heute scheint die Gefahr, dass sich die NPD abermals mit Herrn Frey einlässt, gebannt zu sein. Gerade aber in Bezug auf die Person Frey darf die in der NPD gern verwendete Aussage ‘Wir wollen aber nicht wissen, wo Du herkommst, sondern wohin DU willst’ nicht gelten. Auf Kooperationen mit Frey gemünzt, müsste der Satz lauten: ‘Weil wir wissen, wo du herkommst, wissen wir, wer DU bist und ahnen was Du im Schilde führst – mit uns nicht!’.“

Noch auf dem DVU-Bundesparteitag am 12. Januar 2003 erklärte Frey, dass eine Zusammenarbeit mit der NPD nicht in Betracht kommt. Im Herbst 2003 forderte die NPD wiederum die Mitglieder und Funktionsträger der DVU dazu auf, „endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und diese Organisation zu verlassen.“ Zuvor hatte NPD-Chef Udo Voigt der DVU-Führung im April 2002 vorgeworfen, „keine nationale und systemalternative Politik (zu) akzeptieren“ und betonte: „Die NPD jedenfalls wird ... nicht noch einmal auf die DVU Rücksicht nehmen, wenn es darum geht, den Versuch zu unternehmen, nationale Politik in die Parlamente zu tragen.“

Anton Maegerle

Kräftebündelung

Nationales Bündnis Heilbronn will auf kommunaler Ebene aktiv werden und die NPD bei Wahlen unterstützen.

Nach dem erfolgreichen Vorbild in Dresden hat sich in Heilbronn ein zweites Nationales Bündnis gegründet. Um den Spriritus rector Michael Dangel (36) finden sich Mitglieder und Funktionäre der gesamten rechtsextremen Szene im Nationalen Bündnis Heilbronn (NBH) zusammen. Am 21. Januar soll dort der NPD-Bundesvize und sächsische Fraktionsvorsitzende Holger Apfel zum Thema „Damit Deutschland eine Zukunft hat", referieren. Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz widmete dem Bündnis vor wenigen Tagen seine Aufmerksamkeit. Die auf kommunaler Ebene aktive „Gruppe werde unterstützt von der NPD. ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), der Deutschen Partei, ehemaligen REP-Mitgliedern und einzelnen Neonazis. Wenn dieses Bündnis Erfolg hätte, könnte dies auch ein Signal für eine Bündelung rechtsextremistischer Aktivitäten auf Landesebene sein", meinte der stellvertretende Verfassungsschutzpräsident Hans-Jürgen Doll in einem dpa-Gespräch.

Am 22. Oktober vergangenen Jahres hatten sich in den Räumen des Heilbronner Steuerberaters Dangel zehn Personen versammelt, um das Nationale Bündnis zu initiieren. Als Versammlungsleiter der Gründung fungierte der 39-jährige Alexander Feyrer. Zu den drei gleichberechtigten Vorsitzenden wurden neben Dangel noch Alfred Heckel (51) und Matthias Brodbeck (32) gewählt.

Dangel gehört seit dem vergangenen Jahr der Deutschen Partei an. 1990 war er für ein knappes Jahr Mitglied der Republikaner. Anschließend führte er den Verein Forum 90. Ferner ist der Diplom-Kaufmann Sprecher der extrem rechten Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg und Kopf der 1995 gegründeten Freiheitlichen Initiative Heilbronn, die immer wieder mit Veranstaltungen im Unterland auf sich aufmerksam macht. Von den Republikanern kommt der zweite Vorstandssprecher des NBH, Alfred Heckel. Der REP-Multifunktionär wurde im Jahr 2000 nach über einem Jahrzehnt aus der Partei ausgeschlossen. Nun setzt er auf die NPD. „Bei Landtags- und Bundestagswahlen", bekannte der einstige REP-Landtagskandidat gegenüber der „Stuttgarter Zeitung" vor Weihnachten, „werden wir die NPD unterstützen." Der dritte NBH-Vorsitzende Matthias Brodbeck kommt von der NPD. 2002 wurde der Werkzeugmechaniker zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten gewählt. Seine politische Karriere begann Anfang der 90er Jahre bei dem rechtsextremen Verein Junge Deutsche mit Sitz in Heilbronn. Als der erfolglose Verein 1994 aufgelöst wurde, war Schatzmeister Brodbeck letztes verbliebenes Vorstandsmitglied. Danach machte er Karriere bei den JN, für die auch das NBH-Gründungsmitglied Harko Lattus aktiv ist. Lattus tritt in Heilbronn als JN-Stützpunktleiter auf. Zu den Gründungsmitgliedern des Nationalen Bündnis Heilbronn zählen ferner Thomas Gooß (34) und der 45-jährige Wolfgang Hieber.

Bei der Gründungsveranstaltung im Oktober waren auch zwei Gäste zugegen. Zum einen Hans-Jürgen Schwitkowski, ein ortsbekannter 52-jähriger Nationalrevolutionär, der in den 90er Jahren an einer obskuren und primitiv aufgemachten Flugblattserie unter dem Titel „Die Lupe" in Heilbronn beteiligt war. Er trat außerdem als Autor in den nationalrevolutionären Publikationen „Patriot" und „Sleipnir" sowie als Leserbriefschreiber in zahllosen rechtsextremen Publikationen in Erscheinung. Der zweite Gast, Oliver Otto (30), war bei dem Verein Junge Deutsche aktiv.

In einer Presseerklärung anlässlich der Gründung im Oktober legte das Nationale Bündnis seine Absichten dar. „Um deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegenüber ein Signal zur Einigung der nationalen Kräfte im politischen Spektrum zu geben, soll die politische Zusammenarbeit aller beteiligten Organisationen und Einzelpersonen im Landkreis Heilbronn unter Beibehaltung vorhandener Strukturen nicht nur koordiniert, sondern die Teilnahme an den Kommunalwahlen 2009 langfristig und strategisch vorbereitet werden." Das NBH sieht sich als Streiter wider den „allgegenwärtigen Überfremdungsdruck". Mittels einer „kompetenten Sachpolitik vor Ort" will man Mitglieder und Wähler gewinnen. Es besteht auch die Möglichkeit zur Gründung von Ortsverbänden. Ziele, die aber sicherlich mehr als acht Mitglieder erfordern.

Sonja Schneider

NPD-Sympathisanten

Berliner Kameradschaft agiert bundesweit.

Unerwarteten Besuch bekamen sieben Mitglieder der neonazistischen Berliner „Kameradschaft Tor" (KS Tor). Die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamts Berlin durchsuchte am 18. Januar insgesamt zehn Wohnungen und Geschäftsräume in Berlin und Schwedt. Ziel der Aktion war die Sicherstellung von Beweismaterialien, da gegen die sieben Neonazis seit Monaten wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt wird. Die Verdächtigen waren im September 2004 auf dem Weg zu einer verbotenen NPD-Demonstration von der Polizei kontrolliert worden. Mit sich führten sie unter anderem ein Transparent, das eine Person zeigt, die einen Davidstern, einen Halbmond und ein Dollar-Zeichen zertritt.

Die KS Tor zählt neben der „Berliner Alternative Süd-Ost" (BASO) mittlerweile zu den aktivsten Kameradschaften der Stadt. Gegründet wurde sie im Jahre 2000, seit 2004 unterhält sie eine eigene „Mädelgruppe". Ihre Aktivitäten belaufen sich von Aufkleber-Aktionen, symbolischen Hausbesetzungen mit anderen Kameradschaften über die Teilnahme an bundesweiten Neonazi-Aufmärschen wie im August in Wunsiedel und im November in Halbe bis hin zu „Anti-Antifa"-Arbeit. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde die KS Tor im August 2004 wegen ihres ungenehmigten „Marsches" durchs Brandenburger Tor bekannt, der zu Ehren des Hitlerstellvertreters Heß mit 70 Teilnehmern aus dem Kameradschaftsspektrum stattfand.

Erkennbar ist eine Nähe der Kameradschaft zur NPD. So sicherten im Juli vergangenen Jahres KS Tor- und BASO-Mitglieder einen Infostand der NPD und feierten im September den Einzug in den sächsischen Landtag mit einer Demonstration in Berlin-Lichtenberg. Björn Wild, einer der Anführer der KS Tor, versuchte vor einiger Zeit zusammen mit dem Liedermacher und NPD-Landesvorstandsmitglied Jörg Hähnel eine linke Veranstaltung zu stören. Zudem sind Mitglieder der KS Tor an der Organisation des kameradschaftsübergreifenden Zusammenschlusses Autonome Nationalisten Berlin beteiligt.

Clemens Berg

Ausland

Verbrechen geleugnet

Jean Marie Le Pen droht weiteres Strafverfahren.

Durch eine neue Provokation – nicht die erste ihrer Art – macht der französische rechtsextreme Politiker Jean-Marie Le Pen von sich reden. In einem Zeitungsinterview hatte der Gründer und Chef des Front National unter anderem die Periode der NS-deutschen Besatzung in Frankreich als „nicht besonders inhuman" bezeichnet. Die Aussagen erschienen in der rechten Wochenzeitung „Rivarol", die 1951 durch übrig gebliebene Unterstützer des Vichy-Regimes und französische Nazikollaborateure gegründet worden war.

Le Pen fügte hinzu, es habe wohl einige „Ausrutscher" gegeben, „wie sie unvermeidlich sind in einem Land von 550 000 Quadratkilometern", aber die Gestapo habe in einigen Fällen auch eingegriffen, „um Massaker zu verhindern". Über den 1944 begangenen Massenmord an den Einwohnern von Oradour-sur-Glane durch die SS-Division „Das Reich" äußerte Le Pen, dazu „gäbe es viel zu sagen", aber „in Frankreich hat man heute nicht das Recht zu denken, nicht das Recht zu reden."

Zur Besatzungsära gehört auch die Deportation von 76 000 Juden in die Vernichtungslager. Nur 2500 von ihnen kamen zurück. Nach Bekanntwerden der Auslassungen Le Pens ordnete Justizminister Dominique Perben sofort die Einleitung eines Strafverfahrens an. Die Liga für Menschenrechte (LDH) und die Antirassismusorganisation MRAP wollen ihrerseits Strafanzeige gegen den FN-Chef erheben.

Le Pens Tochter Marine ist für Anfragen von Journalisten nicht erreichbar. Einer ihrer innerparteilichen Widersacher, Jacques Bompard, kritisierte dagegen öffentlich Le Pen: Dessen Äußerungen seien „schädlich", weil ihr Inhalt auf keinem Parteikongress je diskutiert worden sei und weil Le Pen den Eindruck erwecke, der FN „beschäftige sich vor allem mit der Vergangenheit und nicht mit den Problemen der Gegenwart".

Bernhard Schmid

Ein Sicherheitsrisiko

Holocaust-Leugner Ernst Zündel droht die Auslieferung nach Deutschland.

Zündel zählt zu den international bekanntesten Leugnern des organisierten Massenmordes an den Juden. Die fortwährende Publikation von Materialien, die den Holocaust als Mythos und inszenierte Rechtfertigung deutscher Reparationszahlungen „entlarven" sollten, machten den in Deutschland geborenen und 1958 nach Kanada ausgewanderten Revisionisten zu einem ständigen Gast in den Gerichtssälen seiner Wahlheimat.

Ein Ende 2004 in Toronto zu Ende gegangenes Verfahren könnt das letzte auf dem Boden Kanadas gewesen sein. Bestätigt der Richter in der noch ausstehenden Urteilsverkündung ein Gutachten des kanadischen Geheimdienstes, das Zündel als Gefahr für die nationale Sicherheit einstuft, würde der 65-Jährige nach Deutschland ausgeliefert werden, wo ihn ein Haftbefehl wegen Volksverhetzung erwartet.

Damit würde ein seit fast zwei Jahren andauerndes Verfahren zu Ende gehen. Im Februar 2003 war Zündel von den USA nach Kanada abgeschoben worden. Seitdem sitzt der geistige Vater der „Zundelsite", eine mit historischen Verdrehungen und kruder antisemitischer Propaganda gefüllten Internetseite, im Gefängnis von Ontario. Die Klassifizierung des Revisionisten als Sicherheitsrisiko basiert vor allem auf seinen Verbindungen zu gewaltbereiten Gruppierungen der internationalen „white supremacy"-Szene, in der Zündel den Status eines Märtyrers genießt.

Zündel selbst sieht sich als politischer Gefangener und Opfer der „Holocaust-Lobby". Als letzten Versuch, die drohende Auslieferung zu verhindern, hat sein Anwalt ein Hilfegesuch bei der UN-Menschenrechtskommission eingereicht. Anlässlich des zweiten Jahrestages von Zündels Inhaftierung haben seine Ehefrau Ingrid Rimland und rechtsextreme Verbündete wie die Canadian Association for Free Expression oder die US-amerikanische National Alliance für Anfang Februar zu Protesten vor den kanadischen Konsulaten aufgerufen.

Michael Funk

Ungeklärtes Schicksal

Raoul Wallenberg seit 60 Jahren verschollen.

Unter den vielen Daten zur Zeitgeschichte fehlte häufig der 17. Januar 1945. In Ungarn dürfte dieser Tag nicht vergessen sein – jedenfalls in den jüdischen Gemeinden. Vor 60 Jahren verschwand ein Mann, dem mehr als 100 000 ungarische Juden ihr Leben verdankten: Raoul Wallenberg, damals 33 Jahre jung, Spross einer der reichsten und mächtigsten Familien Schwedens. Er war am 9. Juli 1944 auf Empfehlung des schwedischen Außenministeriums nach Budapest gekommen, um Mitglieder der letzten jüdischen Gemeinde in Europa zu retten. Es waren etwa 200 000. Rund 437 000 Juden hatten die Nazis unter der persönlichen Aufsicht Adolf Eichmanns unmittelbar zuvor bereits nach Auschwitz deportiert.

Wallensbergs Rettungswerk wurde von den USA und dem Jüdischen Weltkongress finanziert. In Budapest verteilte er „Schutzpässe", deren Besitzer angeblich unter dem Schutz der schwedischen Krone standen und bald nach Schweden ausreisen würden. Tatsächlich brachten Wallenberg und seine 600 jüdischen Mitarbeiter die Passbesitzer in 31 geschützten „Judenhäusern" unter, wo sie sicher leben konnten. Sowohl Eichmann als auch die ungarischen NS-Kollaborateure, die „Pfeilkreuzler", respektierten diese Pässe und Häuser. Wenige Tage nach der Befreiung des Stadtteils Pest versuchte Wallenberg in Verhandlungen mit der Roten Armee, die Versorgung der „Schutzjuden" sicherzustellen. Die Sowjets freilich hielten Wallenberg für einen deutschen Spion, weil er unter den Augen Eichmanns ausgerechnet Juden gerettet hatte. Am 17. Januar 1945 hole ein Armeekommando Wallenberg ab und brachte ihn zu dem Kommandanten von Budapest, General Tschernitschew. Seitdem fehlt von dem Retter jede zuverlässige Spur. Alle Versuche, etwas über Wallenberg zu erfahren, scheiterten am sowjetischen Geheimdienst und der Regierung in Moskau. Bundeskanzler Schröder könnte seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern Anfang Mai in Moskau nutzen, um Wladimir Putin zu bitten, endlich Licht in das Dunkel um Wallenberg zu bringen. Ohne Wallenbergs Aktionen wäre nämlich das deutsche Schuldkonto noch größer.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Keine Protestwähler

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering plädiert für ein entschiedenes und gemeinsames Auftreten der Demokraten gegen Rechts.

Vor solch' einem aufnahmebereiten und jungen Publikum dürfte auch der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende nicht alle Tage auftreten: Mitte Januar diskutierte Franz Müntefering mit Hajo Funke – Rechtsextremismus-Experte an der Berliner FU – auf Einladung der Juso-Hochschulgruppe am Otto-Suhr-Institut (OSI) zum Thema „Rechtsextremismus – unterschätzte Gefahr?“

Zunächst sei festzuhalten, dass Rechtsextremismus tatsächlich eine aktuelle Gefahr darstelle, so Müntefering in seinem einleitenden Referat, aber nicht zwingend eine unterschätzte. „Rechtsextremismus ist mit Demokratie und Freiheit in einer aufgeklärten Gesellschaft nicht vereinbar.“ Die Bundesrepublik habe in der Vergangenheit ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen, etwa in den 60er Jahren in den Auseinandersetzungen mit der bereits damals erfolgreichen NPD. „Geschichte wiederholt sich nicht, aber man kann daraus lernen“, rief der SPD-Bundesvorsitzende dem vor allem aus OSI-Studenten bestehenden Auditorium zu.

Gerade die nächsten Wochen, in denen sich die Befreiung der Konzentrationslager zum 60. Mal jähre, sei ein besonderer Anlass, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus' wie auch mit aktuellen Entwicklungen zu befassen. Wichtig sei ein entschiedenes und gemeinsames Auftreten aller Demokraten gegen Rechtsextremismus. Denn es sei nicht zu übersehen, so Müntefering, dass sich insbesondere die in den sächsischen Landtag gewählten NPD-Abgeordneten nach außen seriös gäben und inzwischen regional in der Lage seien, breite Bevölkerungskreise anzusprechen.

„Es fällt stark auf, dass die Fremdenfeindlichkeit in den Gegenden mit den geringsten Ausländeranteilen besonders hoch ist.“ Franz Müntefering bedauerte ausdrücklich, dass das Verbotsverfahren gegen die NPD rechtlich nicht zulässig war. „Mit einem Verbot hätte man diesen Leuten die organisatorische Basis entziehen können.“ Umso wichtiger sei es nun, auch in Hinblick auf die geplanten Absprachen zwischen NPD und DVU zur Bundestagswahl 2006, den Schulterschluss der Demokraten gegen Rechts zu vollziehen.

OSI-Professor Hajo Funke forderte den SPD-Vorsitzenden in der anschließenden Diskussion zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die NPD am 8. Mai in Magdeburg auf. Er reagierte überrascht, als Müntefering seine Teilnahme in Aussicht stellte, sofern nicht andere Termine entgegenstünden. Zu einer Kontroverse kam es auch im weiteren Verlauf der Veranstaltung nicht. Sowohl Hajo Funke wie auch die OSI-Studenten stellten durchweg sachliche Fragen, die Müntefering ebenso sachlich beantwortete. Etwa die nach dem Engagement der rot-grünen Bundesregierung gegen Rechts: Sie unterstütze, so Müntefering, auch finanziell Gruppen, wie etwa die Aktion Zivilcourage“. „Es ist wichtig, dass sich hier junge Leute gegen Rechtsextremismus engagieren und Gleichaltrige aus dem rechten Mief und Muff herausholen“, sagte er. „Ich glaube an die Kraft der Aufklärung und der Freiheit.“

Der Einschätzung Funkes, dass Rechtsextremismus in den ostdeutschen Bundesländern stärker verbreitet sei, widersprach Franz Müntefering. Im letzten Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen hätten rechtspopulistische Gruppierungen regional erhebliche Erfolge gehabt. Die träten vielleicht anders auf als die NPD oder DVU, doch die Kernidee, mit Parolen gegen Minderheiten Stimmung zu machen, vereine sie.

In wieweit Wählerinnen und Wähler rechtsextremer Parteien zu Recht als Protestwähler anzusehen seien, wollte schließlich ein Student vom SPD-Vorsitzenden wissen. Der fand dafür klare Worte: „Wer Nazis wählt, verhält sich undemokratisch. Wer gegen die demokratischen Parteien protestieren will, hat viele Möglichkeiten bis hin zur Gründung einer eigenen Partei.“ Doch der Stilisierung von NPD- oder DVU-Wählern zu Protestwählern – auch durch einen Teil der Medien – müsse dringend entgegen getreten werden, betonte Franz Müntefering abschließend.

Gudrun Giese

Beunruhigende Tendenz

Fremdenfeindlichkeit steigt weiter an. Das zeigt die dritte Folge der "Deutschen Zustände".

Zum dritten Mal hat das Team um den Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer die „Deutschen Zustände“ unter die Lupe genommen. Auf der breiten empirischen Grundlage von rund 3000 Befragten gehen diese Studien der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) nach. Die GMF verstehen die Autoren als ein Syndrom, das aus sieben Einstellungsmustern besteht – darunter Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sexismus. Dass fremdenfeindliche Haltungen weiter zugenommen haben, zählt zu den zentralen Ergebnissen der dritten Staffel. Hier zeigt sich eine gerade Linie in den drei Befragungswellen seit 2002. So stimmen inzwischen 59,8 Prozent zumindest teilweise der Aussage zu, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland (2003: 59,1 Prozent, 2002: 55,4 Prozent). 36,0 Prozent sind der Ansicht, dass man Ausländer in ihre Heimat zurückschicken sollte, wenn Arbeitsplätze knapp werden (2003: 30,1 Prozent, 2002: 27,7 Prozent).

Sechs Einzelstudien werten im ersten Teil des Bandes die Befragungsdaten aus. So gehen Carina Wolf, Ulrich Wagner und Oliver Christ der Frage nach, ob die Deutschen tatsächlich umso fremdenfeindlicher seien, je höher der Ausländeranteil in der Umgebung ist. Dieser Zusammenhang werde suggeriert, wenn in Politik und Medien davon die Rede sei, die „Belastungsgrenze“ sei überschritten. Die Analyse verfeinert Ergebnisse der „Deutschen Zustände“ des Vorjahres. Ausländer werden weniger als Bedrohung empfunden, wenn ihr Anteil an der Bevölkerung höher ist.

Dass bestimmte feindselige Haltungen bei Frauen stärker auftreten als bei Männern – beispielsweise Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie – war im GMF-Survey bereits in den Vorjahren aufgefallen. Beate Küpper und Wilhelm Heitmeyer sind diesem Aspekt nachgegangen. Sie finden die These bestätigt, dass das Gefühl, durch männliche Zuwanderer bedroht zu sein, bei Frauen eine größere Rolle spielt. Allerdings hätten Frauen keineswegs mehr konkrete negative Erfahrungen mit Ausländern gesammelt, „vielmehr scheinen sie tatsächlich mehr als Männer durch ein Stereotyp des bedrohlichen Fremden (Mannes) beeinflusst, was in ein stärkeres diffuses Gefühl der Angst und Bedrohtheit mündet“ (S. 115). Zudem könne ein stärkerer Nationalstolz die höhere Fremdenfeindlichkeit bei Frauen teilweise erklären. Auffällig hohe Zustimmungswerte zu feindseligen Positionen fanden sich vor allem bei niedrig qualifizierten Frauen aus Ostdeutschland.

Aribert Heyder, Julia Iser und Peter Schmidt haben den Zusammenhang von Antisemitismus und Israelkritik in den Blick genommen. Sie legen ein interessantes Vier-Punkte-Raster dar: Demnach sind israelkritische Äußerungen als antisemitisch zu werten, wenn das Existenzrecht Israels in Abrede gestellt wird, bestimmte politische Maßnahmen in Israel kritisiert werden, in anderen Ländern dagegen nicht, antisemitische Stereotype auf den israelischen Staat übertragen und Vergleiche der israelischen Palästinenserpolitik zur Judenverfolgung im NS-Staat gezogen werden. Gerade die NS-vergleichende Israelkritik ist verbreitet: 51,2 Prozent der Befragten stimmten dem Satz zu „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“.

Langzeitstudien wie das GMF-Survey sind wertvoll, weil sie über Momentaufnahmen hinaus Tendenzen deutlich machen. Dies gilt für die Entwicklung des rechtspopulistischen Potenzials, das in den Vorjahren aus den Antworten zu fünf Fragen berechnet worden war. Dieser Wert lag 2002 bei 19,6 Prozent, 2003 wurde er mit über 25 Prozent angegeben. In der „Folge 3“ erfährt man lediglich, das rechtspopulistische Potenzial bewege sich weiterhin „auf hohem Niveau“ (S. 32).

Zu Recht kritisierte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bei der Präsentation der Studie in Berlin die Aussage „Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben“. Ablehnung ziehen die Forscher als Indiz für Islamophobie der Befragten heran. Tatsächlich sind bestimmte Interpretationen solcher Glaubensgesetze mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren, im Sinne eines interkulturellen Zusammenlebens auf demokratischer Basis somit auch nicht akzeptabel.

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt a.M. 2005, (Suhrkamp), 290 Seiten, 10 Euro.

Antisemitismus

Unausrottbarer Hass

Die Judenfeindschaft in Europa nimmt zu.

Als vor 60 Jahren – am 27. Januar 1945 – sowjetische Soldaten Auschwitz befreiten, wusste die Welt noch nicht, was das war: „Endlösung der Judenfrage". Ende 1945, mit dem Beginn des ersten internationalen Strafverfahrens gegen Spitzennazis, stand zwar nicht der Völkermord im Mittelpunkt der Anklage, aber ein entscheidendes Dokument konnte der stellvertretende US-Ankläger Robert Kempner dem Tribunal damals präsentieren. Es war das Protokoll der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942, auf der Umfang und Organisation der „Endlösung" besprochen und beschlossen worden waren. Damals und zunehmend in den folgenden Jahren festigte sich die Überzeugung, die „Endlösung" markiere das Ende des Antisemitismus.

60 Jahre danach erweist sich das Gegenteil als realistisch. Wenige Tage vor dem Jahrestag trafen sich in Brüssel die Mitglieder des Jüdischen Weltkongresses WJC zu ihrer Jahresvollversammlung und kamen übereinstimmend zu der Erkenntnis: Der Antisemitismus besonders in Europa hat wachsenden Zulauf. Die 500 Delegierten des 1936 in Genf als Rettungsorganisation gegründeten WJC applaudierten ihrem Generalsekretär Israel Singer (61), als der von den Staaten Europas mehr Engagement gegen den Antisemitismus forderte. Der komme von den alten und jungen Rechten sowie von Muslimen, die nach Europa eingewandert seien. Das gelte vor allem für Frankreich, wo sich Juden oft kaum noch trauten, ihre religiöse Identität offen zu zeigen. Einen Staat lobte Singer ausdrücklich: Deutschland und hier Außenminister Joschka Fischer. Die deutschen Gesetze gegen Judenhasser und rechte Gewaltprediger seien vorbildlich und Fischer sei „vielleicht das stärkste Mittel gegen Antisemitismus". Charlotte Knobloch aus München, die Vizepräsidentin des Europäischen Jüdischen Kongresses (FJC), verwies auf den Antisemitismus-Bericht des US-Außenministeriums, der kürzlich in Washington vorgestellt worden ist. Der US-Sonderbeauftragte für Holocaust-Angelegenheiten, Edward O'Donnell, kommentierte den Bericht seiner vor kurzem gegründeten Behörde so: „Der Bericht konzentriert sich auf Europa, weil dort viele antisemitische Vorfälle vorkommen." Diese Entwicklung werde an Dynamik mit dem Zuzug von Muslimen zunehmen, warnte O'Donnell.

In Wien verfolgt derweil die „Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" (EUMC) die Entwicklung aufmerksam weiter. Ihre Leiterin Beate Winkler antwortete im Gespräch mit der „Jüdischen Allgemeinen" auf die Frage, ob es Parallelen mit den 30er Jahren gebe, konkret und überzeugend: „Wir haben jetzt die EU und stabile Demokratien". Allerdings müsse man die Ängste der Juden in Europa sehr ernst nehmen, denn der Antisemitismus sei Europas Trauma. „Und die EU ist auf dem Prinzip 'Nie wieder!' aufgebaut." Zu den Ende 2003 erhobenen Vorwürfen, die EUMC halte eine Studie über Judenfeindlichkeit zurück, weil diese zu dem Ergebnis gekommen sei, viele judenfeindlichen Straftaten gingen auf das Konto junger Leute aus Nordafrika, sagte Winkler, ihr Institut hätte wohl früher einen vorläufigen Bericht veröffentlichen sollen. „Verdeckten wollten wir auf keinen Fall." Und sie ergänzte. „Wir haben diese sehr schwierige Situation sofort als Chance benutzt, um eine öffentliche Diskussion zum Thema Antisemitismus in der EU zu führen. Darum ging es uns." Die EUMC ist unverändert eine wichtige und zuverlässige, kritische Beobachterin, von der es heißt, sie solle zur Menschenrechtsagentur der EU ausgebaut werden.

Um Studierenden aus der ganzen Welt die Möglichkeiten zu bieten, sich mit dem Völkermord zu beschäftigen, wird die amerikanisch-jüdische Privatuniversität „Touro College Berlin" in Kürze das Studienfach „Holocaust" für alle Studierenden des dritten Semesters zum Pflichtfach machen – allerdings nur in Berlin. „Eine jüdische Lehreinrichtung in dieser Stadt kann an der Shoah nicht vorbeigehen", sagt die Direktorin Sara Nachama: „Wir haben Studierende aus aller Welt, aus Sri Lanka etwa oder aus China, die gar nicht wissen, was die Shoah überhaupt ist." Das „Touro College Berlin" steht selbstverständlich auch nichtjüdischen Studierenden offen. Das College solle, so Nachama, einen Beitrag zur Wiederbelebung jüdischer Hochschultradition leisten, „die durch den Holocaust gebrochen wurde."

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Unabhängige Republikaner

Hamburg - Ex-Mitglieder der REP wollen eine eigene Gruppierung innerhalb der NPD bilden. In einer mit „Unabhängige Republikaner in der NPD (Landesgruppe Hamburg)“ unterzeichneten Pressemitteilung wird über eine Konferenz berichtet, bei der der frühere REP-Landesvorsitzende Thomas Nissen, der inzwischen zur NPD übergetreten ist, Gründe für den Parteiwechsel nannte. „Jetzt ist die NPD der Kristallisationspunkt geworden“, erklärte Nissen und hatte für seinen neuen Parteichef Lob parat: „Udo Voigt ist der aktivste Parteivorsitzende und stets bereit, eingefahrene Bahnen zu überdenken.“ Die stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett lässt hingegen an der früheren Arbeit Nissens für die Republikaner kein gutes Haar: Der Hamburger Landesverband sei „heruntergewirtschaftet“ worden und seit Jahren politisch inaktiv gewesen, wird sie in der „Jungen Freiheit“ zitiert. „Der Landesvorsitzende hat zeitweilig nicht einmal das Postfach des Landesverbandes geleert, so dass die Post des Bundesvorstandes wieder zurückgekommen ist.“ (ts)

Maulkorb für Rennicke

Verden - Trickreich verhinderte die Verdener Polizei einen Neonazi-Liederabend mit dem nationalen Barden Frank Rennicke im Landkreis Verden. Auf dem Heimweg vom NPD-Wahlkampf in Schleswig-Holstein legten Wahlhelfer Rennicke sowie der JN-Kader Sascha Wagner und Frank Rohleder vom NPD-Bundesvorstand am Sonntagabend, den 16. Januar, einen Zwischenstopp bei den „Heisenhof“-Neonazis um Florian Cordes ein, um einen Liederabend für die Jungen Nationaldemokraten durchzuführen. Bis zu 200 Neonazis wurden über Schleusungspunkte rund um Bremen konspirativ zum Schießsportzentrum Mühlentor in Oyten gelotst. Da die Veranstaltung in diversen Neonazi-Internetforen angekündigt worden war, kamen die Beamten Cordes und seinen Anhängern auf die Spur und Polizeichef Axel Rott übernahm als Vorsitzender des Kreisschützenverbandes kurzfristig das Hausrecht in dem Schützenhaus. Nach nur 15 Minuten erklärte er das braune Musikspektakel für beendet, eine bereitstehende Hundertschaft aus Oldenburg stand vor dem Gebäude bereit. Wutentbrannt kündigten der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Florian Cordes und seine Leute eine Spontandemo an, dazu kam es jedoch nicht. (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de